Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/805
22.01.2015

Innenausschuss

52. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 8 – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahme) – und 9 – Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen – zusammen zu behandeln.

1 Aktuelle Sicherheitslage nach den Ereignissen in Frankreich **8**

Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 2 zunächst auf die nächste Tagesordnung zu schieben.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, den Antrag Drucksache 16/6088 in die nächste Sitzung zu schieben.

4 Nazis raus aus dem Stadion – Neonazis im Umfeld des Fußballs gemeinsam entgegentreten 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7153

Bericht der Landesregierung

Der Antrag Drucksache 16/7153 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

5 Vereinsgründung von LEAP abgesagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen? 30

Vorlage 16/2418
Vorlage 16/2516

6 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen **41**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2618

7 Gesetz über den Vollzug der Abschiebehaft in NRW (Abschiebehaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzG NRW) **46**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Der Ausschuss beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben, da noch Klärungsbedarf besteht.

8 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahmen) **47**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5038
APr 16/655

Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

9 Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen **47**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4820

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4896

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/5038 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 16/4820 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Entschließungsantrag Drucksache 16/4896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

10 Generalstaatsanwälte beklagen Ermittlungs-Notstand (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **51**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2602

– ohne Diskussion –

11 Hilferuf der Kölner Polizei nach Anstieg der Fallzahlen beim Wohnungseinbruch um 40 Prozent (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **52**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2601

12 Rockerkrieg erreicht Düsseldorf (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **62**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2616

13 Paderborner Polizeichef wegen „vorsätzlichen Geheimnisverrats“ zu 13.500 Euro Geldstrafe verurteilt (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **65**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2603

14 Verschiedenes 66

a) Verabschiedung Dr. Orth 66

b) Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 66

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass an der Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 – neben der Teilnahme des Vorsitzenden – jede Fraktion einen Teilnehmer entsenden kann.

c) Nächster Sitzungstermin ist Dienstag, der 27. Januar 2015, mit der Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion zur Video-überwachung. 67

* * *

7 Gesetz über den Vollzug der Abschiebehaft in NRW (Abschiebehaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Vorsitzender Daniel Sieveke erinnert daran, dass dieser Tagesordnungspunkt heute geschoben werden sollte, weil es noch weiteren Klärungsbedarf gebe.

Theo Kruse (CDU) kommt dem Grundanliegen auf Verschiebung gerne nach; denn das mache in diesem Falle Sinn. Gleichwohl wolle er nochmals darauf hinweisen, dass seit Mitte letzten Jahres das Land Nordrhein-Westfalen keine eigene Abschiebehaft mehr praktiziere und somit auf die Hilfe anderer Länder angewiesen sei.

Bedauert werde, dass seit Mitte letzten Jahres die Landesregierung kein klares, konkretes Gesetz vorgelegt habe, wie es denn nun weitergehen solle. Man habe es sozusagen den Fraktionen überlassen, eine Art Übergangsgesetz zu formulieren, und zwar mit vielen Schwachpunkten. Diese Schwachpunkte seien jetzt von den antragstellenden Fraktionen selbst erkannt worden; man habe festgestellt, dass man das Gesetz so nicht verabschieden könne.

Das Ganze sei sehr bedauerlich. Vorhin habe man das Rettungsgesetz angesprochen, jetzt das Abschiebehaftvollzugsgesetz. Da stelle sich die Frage, warum die Landesregierung bis heute nicht in der Lage gewesen sei, selbst einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das müsse man bei allem Verständnis für den Antrag auf Verschiebung noch einmal hervorheben.

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, man habe im Obleutegespräch besprochen, heute nicht über diesen Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Die Grundausführungen seien klar. Der Antrag auf Verschiebung werde von allen getragen, weil es eben noch Klärungsbedarf gebe.

> Der Ausschuss beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben, da noch Klärungsbedarf besteht.